Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 17.03.2002, Nr. 11, S. 9

www.faz-archiv.de

Ansichten

Schamlose Wiedergeburt

Die PDS ist eine schlaue Partei: Sie kritisiert die eigene Geschichte - und setzt sie doch ungebrochen fort

VON SANDRO ARENBERG UND HORST DOMDEY

Lieben muß man die PDS nicht, aber Grund zur Bewunderung gibt sie durchaus. **Erst unterschreibt sie** - am 2. Januar 2002 - in der Präambel zum Berliner Koalitionsvertrag ein historisches **Schuldbekenntnis. Dann, zehn Tage später, läßt sie durch Stefan Liebich, ihren Berliner Vorsitzenden, aller Welt verkünden, daß dieses Schuldbekenntnis bedeutungslos sei. Das schreit dann doch nach Hermeneutik.**

Mit der Wende schien die SED erledigt. Sie war moralisch, politisch, historisch diskreditiert, gelandet auf dem Kehrichthaufen der Geschichte. Diese Einschätzung erweist sich längst als voreilig. Also: Wer ist die PDS, was ist ihre Strategie und wie definiert sie ihre Rolle im historischen Prozeß?

Alle reden von sozialer Gerechtigkeit und alle sind dafür, der unspezifisch gute Wille ist ubiquitär. Auch die PDS ist guten Willens und für soziale Gerechtigkeit. Doch versteht sie darunter etwas anderes und sehr viel mehr. Sie meint Klassenkampf. Um zu verstehen, warum der Klassenkampf so bedeutsam ist, muß man zum Konzept des Grundwiderspruchs zurückdenken. Der Grundwiderspruch beschreibt bekanntlich den Grund aller gesellschaftlichen Wirklichkeit, dynamisiert ihn aber zugleich als den Sprung in die neue Qualität. Er bestimmt menschliche Existenz und menschliches Bewußtsein, Leid und Hoffnung und Kampf, jetzt und seit Anbeginn aller Geschichte: "Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen", sagen das Kommunistische Manifest - und die PDS. Diese Sicht weist den realen Ereignissen, den Fehlern, Verbrechen und Niederlagen des Kommunismus einen nur instrumentellen Rang zu. Jede trostlose Platte in Marzahn und jede verrottete LPG ist insofern gut, als sie einen Schritt - vielleicht auch einen mißratenen, was soll's - zur klassenlosen Gesellschaft bedeutet. Wie in allen Erlösungsmythen bietet das Paradies zwar Freude und Erfüllung, aber keine Details, besonders keine blutigen.

Im Jahre 2001 fordert Gabi Zimmer, die PDS-Vorsitzende, "eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung der einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist." Das könnte aus dem Programm der FDP stammen. Doch jeder Genosse wird den vollständigen Satz kennen: "An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen- und Klassengegensätzen", heißt es im Kommunistischen Manifest, "tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist." Das Entscheidende läßt Zimmer weg, das mit den Klassengegensätzen. Sie verharmlost zu der Formel: "Sozialismus ist für uns ein notwendiges Ziel." Wer aber glaubt, daß die "Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen" sei, erkennt die Drohung hinter der gekappten Formulierung.

In allen kommunistisch regierten Staaten galt staatliches Eigentum an Produktionsmitteln als Voraussetzung für die Aufhebung der Klassen. Das Kommunistische Manifest erklärt, wie man eine Gesellschaft deklassiert. **"Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren. Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermitteltst despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse." Das Manifest macht das konkret: Expropriation des Grundeigentums, Abschaffung des Erbrechts, Zentralisation des Kredit- und Verkehrswesens,** Produktion nach einem gemeinschaftlichen Plan, Beseitigung des Unterschiedes von Stadt und Land, staatliche Erziehung der Kinder - alles Empfehlungen, denen die DDR rabiat gefolgt und mit denen sie radikal gescheitert ist. Daraus hat die PDS dies gelernt: **Nicht um den Besitz des Eigentums soll es fürderhin gehen, sondern um dessen Kontrolle. "Die Eigentumsfrage ist für uns eine Grundfrage sozialistischer Bewegung", schreibt Gabi Zimmer (im PDS-Programmentwurf vom April 2001),** aber sie sei "nicht primär eine Frage der Rechtstitel, sondern eine Frage der realen Verfügung über wirtschaftliche Machtressourcen. Die Alternative zum kapitalistischen Eigentum besteht für uns deshalb nicht im allumfassenden Staatseigentum, sondern in der demokratischen Entscheidung über

gesellschaftliche Grundprozesse." "Wirtschafts- und Sozialräte" seien auf "nationaler, regionaler und lokaler Ebene zu schaffen, die auf die Wirtschaftsentwicklung Einfluß nehmen." (Parteiprogramm der PDS, 1993, S. 16) Solche Aussagen zeigen, daß sich die PDS auf der Suche nach einem modernen Strategiekonzept befindet. Nicht mehr der Kampf um die materiellen, sondern der Kampf um die geistigen Verhältnisse, der Kampf um die "kulturelle Hegemonie", entscheidet. Klassenkampf als Kulturrevolution. Nicht mehr Lenin, der Staatsterrorist, ist hier der Lehrmeister, sondern Antonio Gramsci, der Kulturpartisan.

Gramsci, der 1937 in Mussolinis Gefängnis gestorbene Begründer der italienischen KP, gilt als der entscheidende Theoretiker des Klassenkampfes in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften. Bislang hatten die kommunistischen Parteien ihre Praxis als herrschende Staatspartei definieren können. Das hatte, wie die Geschichte zeigt, auch Nachteile. Gramsci ist der erste Revolutionstheoretiker, der die Machtergreifung aus der Defensive, aus der Vielfältigkeit der demokratischen Massengesellschaft heraus durchdacht hat. Das 68er Konzept des "Marsches durch die Institutionen" ist von ihm inspiriert. Daß die PDS jetzt davon lernt, zeigt, wie flexibel und undogmatisch sie sich ihre Kampfinstrumente zu beschaffen weiß. Die historische Perspektive bleibt der Klassenkampf, wenn auch als Kampf um die kulturelle Hegemonie. Dekretiert noch das Kommunistische Manifest, die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft sei die Geschichte von Klassenkämpfen, so heißt es im PDS-Programmtext: "Die Geschichte der modernen Gesellschaften ist geprägt durch den Kampf sozialer Gruppen für oder gegen Emanzipation und Solidarität, für oder gegen eine prinzipielle Gleichheit des Zugangs zu den Freiheitsgütern unserer Gesellschaften. Es ist dieser Kampf, der die Weltgeschichte der letzten zweihundert Jahre geprägt hat. Es ist ein Kampf für oder gegen die Veränderung von Eigentums- und Machtverhältnissen."

Die Klassen heißen bei der PDS jetzt soziale Gruppen. Doch um Eigentums und Machtverhältnisse geht es so grundsätzlich wie bei Marx. Konsequenter grenzt sich die PDS gegen die Sozialdemokratie ab: "Politik der PDS, die dazu beiträgt, emanzipative und solidarische Interessen zu stärken und die Dominanz der Kapitalverwertungsinteressen abzuschwächen, damit verbundene Macht- und Eigentumsverhältnisse zu verändern, weist über den Kapitalismus hinaus." Was über den Kapitalismus hinausweist, ist eindeutig: die klassenlose Gesellschaft.

Die parlamentarischen Aktivitäten der PDS prägen ihr mediales Erscheinungsbild. Den revolutionären Willen nimmt die Öffentlichkeit nicht wahr oder nicht ernst. Sie glaubt, daß die PDS ihn selbst nicht ernst nimmt und überhaupt harmlos sei. Die Programmaussagen zeigen, daß die PDS ihren Anspruch auf Vernichtung des Kapitalismus keineswegs zurückgenommen hat. Der Weg dahin ist nun nicht mehr die Diktatur des Proletariats, sondern die direkte Demokratie. Der Begriff wird im Zusammenhang mit dem Vorschlag eingeführt, die Verfassung zu verändern: "Zum demokratischen Weg für diese Erweiterung gehört die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die dem ganzen Volk zur Abstimmung vorgelegt wird und Formen direkter Demokratie auf Dauer sichert." (Parteiprogramm, S. 10) Ähnliches soll auf europäischer Ebene erreicht werden: "Die Rechte des Parlaments müssen grundlegend ausgeweitet und vor allem die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger deutlich verbessert werden. Wir treten für ein demokratisches europäisches Wahlsystem nach dem Verhältniswahlrecht ohne Sperrklauseln und für die Einrichtung einer Zweiten Europäischen Kammer ein, in der die sozialen Bewegungen der Betroffenen vertreten sein sollen. Gewerkschaften, Arbeitslosenorganisationen, Verbraucherschutzverbände und ökologische Bewegungen müssen ein Mitspracherecht in den europäischen Institutionen erhalten." (S. 24) Daß die Forderung nach der Kontrolle des Eigentums an Produktionsmitteln im Zentrum steht, verweist auf ein außerparlamentarisches Demokratieverständnis. Dazu das Programm: "Die PDS hält den außerparlamentarischen Kampf um gesellschaftliche Veränderungen für entscheidend." (S.25) Für die PDS bleibt das Parlament das Repressionsinstrument der Bourgeoisie, das Gegenteil von direkter Demokratie. Die von der PDS gesteuerten Initiativen, die Räte und die Verbände agieren, um den Handlungsspielraum des Parlamentes zu usurpieren. Weil direkte Demokratie immer auch ein totalitäres Potential enthält, ist es aufschlußreich, daß die PDS auf sie setzt.

Daß die PDS in historischen Kategorien zu denken und sie als intellektuelle Waffe zu handhaben vermag, zeigt der Umgang mit der eigenen Geschichte. Die Präambel zum Berliner Koalitionsvertrag verteidigt die eigene Vergangenheit und geht in die strategische Offensive. "Die 1961 von den Machthabern der DDR und der Sowjetunion errichtete Mauer vollendete und zementierte die Teilung und die Einordnung der Stadthälften in politisch gegensätzliche Systeme. Die Berliner Mauer wurde aber nicht nur weltweit zum Symbol der Blockkonfrontation und des Kalten Krieges, sondern vor allem zu einem Symbol für Totalitarismus und Menschenverachtung. Die Schüsse an der Berliner Mauer haben schweres Leid und Tod über viele Menschen gebracht. Sie waren Ausdruck eines Regimes,

das zur eigenen Machtsicherung sogar das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit mißachtete. Wenn auch der Kalte Krieg von beiden Seiten geführt wurde, die Verantwortung für dieses Leid lag ausschließlich bei den Machthabern in Ost-Berlin und Moskau. Von vornherein beabsichtigte die KPD-Führung, nach der Vereinigung alles sozialdemokratische Gedankengut aus der SED zu verbannen. Für die Verfolgung von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und anderen Teilen der demokratischen Opposition, für deren Inhaftierung unter menschenunwürdigen Bedingungen bis hin zum Tod und für die Hinrichtungen Andersdenkender trägt die SED eine bleibende Schuld."

Die Reaktion auf die Veröffentlichung des Textes war gewaltig: Die PDS habe reinen Tisch gemacht, habe Mord und Mauer hinter sich gelassen. Der Schein trog. Stefan Liebich, der Vorsitzende des Landesverbands der Berliner PDS, erklärte eine Woche später auf dem Landesparteitag der PDS am 12. Januar 2002: "Ich finde, daß diese Präambel nichts ist, dessen wir uns schämen müssen. Es ist nicht die Delegitimierung der DDR, kein Kotau vor dem Westen, sondern die konsequente Fortsetzung des kritischen Umgangs der PDS mit der Geschichte der SED."

Die Provokation ergibt sich aus der Funktion, die die Präambel für die Legitimierung der Koalition von PDS und SPD zu erfüllen hat. Die Sozialdemokratie wollte mit der Präambel die Voraussetzung dafür schaffen, die Koalition mit der PDS vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Die Präambel soll die Läuterung der PDS dokumentieren und deren Reputation als demokratische Partei und anständigen Koalitionspartner erweisen. Die Interpretation Liebichs bezweckt und erreicht das Gegenteil. Sie nimmt die SPD für die Verbrechen der SED nachträglich in Haft. Solange die SPD die Koalition mit der PDS nicht aufkündigt, akzeptiert sie die Liebichsche Zuschreibung. Man kann der PDS die Anerkennung für diese strategische Glanzleistung nicht absprechen.

Welchen Verbrechen gewährt nun die SPD die unbestrittene Legitimität? "Die Spaltung der Stadt durch den Bau der Mauer, die Toten an der Mauer, Totalitarismus und Menschenverachtung, Inhaftierung und Tod von Sozialdemokraten und die Hinrichtung von Andersdenkenden, die Niederschlagung des Volksaufstands des 17. Juni, das Fehlen grundlegender demokratischer und Freiheitsrechte in der DDR."

Liebichs Intervention ist konsequenter Marxismus-Leninismus. Sie besagt, daß die DDR mit all ihren Verbrechen nur den historischen Prozeß in seiner ontologischen Notwendigkeit offenbare. Die DDR, als "sozialistischer Versuch", bedürfe keiner Legitimation - weder durch Diskurs noch Demokratie: "Unsere heutige Kritik am sozialistischen Versuch läuft weder auf Abwertung der vergangenen gesellschaftlichen Verhältnisse noch auf Ablehnung oder auf Nichtachtung des persönlichen Einsatzes von Frauen, Männern und Jugendlichen hinaus. Für die Geschichte, Gegenwart und Zukunft Deutschlands wie auch für die Politik demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten in diesem Land ist es ebenso notwendig, sich mit den Defiziten der DDR-Gesellschaft auseinanderzusetzen, wie die Berechtigung und Rechtmäßigkeit einer über den Kapitalismus hinausgehenden Entwicklung auf deutschem Boden zu verteidigen." (Parteiprogramm, S. 7) Indem die PDS sich über die Blutspur ihrer Geschichte beugt, findet sie zu sich selbst. In ihrem Selbstverständnis dient die Mißachtung der Moral der politischen Legitimation. Das ist kühn und das ist absurd, aber in der Welt säkularisierter Religionen gefährden die Verbrechen nicht die Legitimität der Herrschaft, sie konstituieren sie. Der Bruch der moralischen Ordnung exekutiert den Anspruch, banale Immanenz in berauschte Transzendenz zu konvertieren. Das Verbrechen ist Initiierung und Taufe, Säuberung und Befreiung. Auch die stalinistischen Säuberungen hatten ihre magische Dimension. Sich schuldig zu bekennen und - am besten blutige - Sühne zu leisten, gehört zum Ritual kommunistischer Selbstfindung. Bucharin, Slansky, Rajk, Trotzki, Beria und Millionen anderer stehen für die besondere Leidenschaft des Kommunismus, den Terror als legitimatorischen Weiheakt zu feiern - gelegentlich auch nur als kleine Präambel einer kleinen Koalition in einer kleinen Hauptstadt eines kleinen Landes. Die Berliner Präambel ist zwar nur ein Moskauer Prozeß in Miniformat, der Schuldspruch ist nur Papier, aber er folgt uraltem Mythos: Opferung und Wiedergeburt, Opferung als SED und Wiedergeburt als PDS.

Die Schuldbekennnisse in der Berliner Präambel sind nicht Schambekennnisse, sie demonstrieren die imperiale Verachtung der PDS für die bürgerliche Moral. Der historische Anspruch des Kommunismus auf Wahrheit und Sieg und Erlösung wird erst durch das Verbrechen jeglicher Reflexion entzogen, total und heilig. "Das ist mein Blut, das Blut des Bundes, das für viele vergossen wird."

Sandro Arenberg lebt in Schwerin und ist in der Volksbildung tätig, Horst Domdey ist Professor für Germanistik an der FU Berlin.